



Dokumentationszentrum
Oberer Kuhberg
c/o Frau Dr. Nicola Wenge
Postfach 2066
89010 Ulm

AfD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Büchsenstraße 13
89073 Ulm

Donnerstag, 16. März 2017

Offener Brief an die Landesarbeitsgemeinschaft
der Gedenkstätten (LAGG)

Gegen die Polemik der LAGG

Die LAGG nutzte ihre Jahresdelegiertenkonferenz in Bad Urach zu einer Stellungnahme „zur Geschichtspolitik der baden-württembergischen AfD-Fraktion“. Dieser unbedarfte Versuch eines AfD-Bashings offenbart neben der altbekannten, abgegriffenen Anti-AfD-Polemik gleichwohl auch ein bedenkliches Verhältnis zu Fakten und zu demokratischen Strukturen.

Schon mit einer schlichtweg unwahren Tatsachenbehauptung beginnt die Stellungnahme der stets zu wissenschaftlicher Korrektheit verpflichteten LAGG. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Dr. Jörg Meuthen habe „die Dresdner Rede seines Parteifreundes Björn Höcke vom 17. Januar zur Erinnerungspolitik verteidigt“, heißt es da wörtlich. Tatsächlich erklärte Dr. Jörg Meuthen am 19. Januar auf Anfrage der Bild-Zeitung: es gebe „Anlass zu Tadel dieser Rede, nicht jedoch zu weitergehenden Maßnahmen“. Björn Höcke sei kein Antisemit. Die LAGG darf sich bereits hiermit zu einer entsprechenden Richtstellung aufgefordert fühlen. Vor diesem Hintergrund mutet es geradezu grotesk an, wenn die LAGG es nun noch wagt, die AfD eines „typischen Sprachduktus der Behauptung, Verleumdung und Unterstellung“ zu inkriminieren.

Sie verunglimpfen unseren Wunsch nach einer vervollständigten Erinnerungskultur als Geschichtsrevisionismus. Wir streben nach einem Geschichtsbewusstsein, das den historischen Gesamtkontext wohlausgewogen in den Blick nimmt und seine Perspektive nicht unzulässig verengt.

Als zumindest verstörend muss das Demokratieverständnis einer doch um wissenschaftliche Standards bemühten Organisation wie der LAGG bezeichnet werden. Ihre persönlichen Angriffe richten sich fortwährend gegen Dr. Jörg Meuthen. Sie setzen in achtloser Verkennung der demokratischen Strukturen den Sprecher mit den 21 Mitgliedern der Fraktion gleich. Die AfD ist in Baden-Württemberg mit 806 000 Wählerstimmen demokratisch legitimiert. Zu Ihren Gunsten wollen wir von einer bloß achtlosen Unkenntnis des parlamentarischen Betriebes und nicht von einem bedenklichen autoritären Demokratieverständnis ausgehen.

Schließlich gegen Ende des viel zu lang geratenen Textes teilen Sie dann doch den wahren Grund für Ihre aggressiven und haltlosen Vorwürfe mit. Sie fordern „die sofortige Rücknahme der Kürzungsvorschläge im Bereich der Gedenkstättenfahrten und der Landeszentrale für politische Bildung“. Hier wird die Bigotterie Ihrer Stellungnahme offenkundig. Ihnen geht es scheinbar schlicht ums Geld und Ihre Privilegien.

Mit freundlichen Grüßen,

i. A.
Astrid Reutebaug